

Stellungnahme der AGL zum Haushaltsplan 2015 der Stadt Eberbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende, der im November eingebrachte Haushaltsentwurf 2015 der Stadtverwaltung sah eine Nettokreditaufnahme von ca. 1 Mio € vor. Die Nettokreditaufnahme des heute zu verabschiedenden Plans hat sich auf 450.000,- € verringert. Das heißt, dass sich die Nettokreditaufnahme vor allem durch die Anträge des Gemeinderats mehr als halbiert hat und das trotz der Hiobsbotschaft vom Montag, dass die Einkommenssteuerzuweisungen des Landes wegen der geringeren Bevölkerungszahl um rund 260.000,- € niedriger ausfällt. Die Nettokreditaufnahme von 450.000,- € und der Schuldenstand von ca 19 Mio € zeigen aber dennoch, dass eine nachhaltige Sanierung des städtischen Haushalts unverzichtbar ist und nicht aufgeschoben werden kann.

Der Gemeinderat hat mit so vielen Anträgen wie noch nie gezeigt, dass er sich der nachhaltigen Haushaltssanierung stellt. Die verabschiedeten Anträge der verschiedenen Fraktionen haben Ausgabenkürzungen von insgesamt ca. 750.000,- € und eine Einnahmeverbesserung um 330.000,- € erbracht. Die Aussage, der Gemeinderat würde mit der Grundsteuererhöhung ausschließlich die Bürger belasten, ist, wie diese Zahlen belegen, falsch. Rechnet man die vom Gemeinderat beantragten und als dringend notwendig erachteten Investition für Maßnahmen zur besseren ärztlichen Versorgung, die Umrüstung der Straßenlaternen auf energiesparende LED - Leuchten und die Sanierung der Kanäle mit der höchsten Schadensklasse dagegen, so hat sich durch die Aktivität des GR der Haushalt 2015 um ca. 800.000,- € verbessert.

Die AGL- Fraktion hat mit ihren 24 Anträgen wesentlich zu dieser Verbesserung beigetragen. Doch die Verbesserung der Einnahme- und Ausgabensituation des Eberbacher Haushalts 2015 kann nur ein 1. Schritt in Richtung einer nachhaltigen Haushaltssanierung sein.

Doch, wie kann der städtischen Haushalts saniert werden?

Für uns ist es nicht zielführend die Investitionen in unsere Infrastruktur und in den Erhalt städtischer Baulichkeiten weiter herunterzufahren. In Eberbach besteht schon heute ein gewaltiger **Investitionstau**. Genannt seien hier beispielhaft der Kindergarten Regenbogen, das HSG, das Feuerwehrgerätehaus, ein schnelles Internet, die Sanierung maroder Straßen, das Sportgelände, die Ertüchtigung des Kanalnetzes. Schiebt man diese Maßnahmen in die Zukunft, ist das mit erheblichen Nachteilen bezüglich der Standortqualität und Attraktivität Eberbachs verbunden. Außerdem werden sanierungsbedürftige Baulichkeiten bei einem Hinausschieben der Maßnahmen am Ende umso teurer. Deshalb hat die AGL auch Anträge anderer Fraktionen abgelehnt, die sich auf das Streichen dringend benötigter Sanierungsmaßnahmen wie z.B. der Toilettenanlagen auf dem Friedhof und in der Tiefgarage bzw. auf ein undichtes Dach im Bauhof bezogen.

Statt notwendige Investitionen zu streichen sieht die AGL folgende Möglichkeiten:

**Die Einnahmen verbessern und die Kosten, sprich laufende Ausgaben, reduzieren.
Beides war Gegenstand unserer Haushaltsanträge.**

Zunächst zur Verbesserung der:

Bereits in 2015 haben sich die Einnahmen der Stadt durch die von der AGL beantragten höheren **Einnahmen des Forstes** durch vollständige Erfüllung des Hiebsplans und mit der **Erhöhung der Grundsteuer** um ca. 330.000,- € verbessert. Damit ist in unseren Augen die Verbesserung der Einnahmesituation durch Steuererhöhung ausgeschöpft. Der Forst hingegen soll zukünftig durch strukturelle Veränderungen den **Nettoressourcenverbrauch inclusive der Kosten für die Sozialfunktion des Waldes** vollständig erwirtschaften.

Eine weitere Möglichkeit der Einnahmeverbesserung besteht durch die **Errichtung und den Betrieb eines Windparks z.B. auf dem Hebert**. Das Verpachten städtischer Flächen, eine städtischen Beteiligung bei Windenergieanlagen und die diesbezüglichen Gewerbesteuererinnahmen würden jährliche Einnahmen im 6 - stelligen Bereich erbringen. Die Entscheidung über die Errichtung eines Windparks auf dem Hebert wird nach der Bürgerbefragung noch in 2015 getroffen werden.

Und nun zur Kürzung der laufenden Ausgaben:

In diesem Bereich möchte ich 4 Punkte näher betrachten:

- 1. Die Personalkosten** der Stadt Eberbach sind laut eines Vergleichs des Steuerzahlerbundes BW aus 2012 deutlich höher als in vergleichbaren Städten. Während die Stadt Eberbach mit 10,1 Personalstellen (ohne Stadtwerke) pro 1000 Einwohner landesweit an der Spitze liegt, sind dies in Mosbach, Buchen und Walldorf lediglich zwischen 8,1 bis 8,4 Stellen pro 1000 Einwohner. Sicher sind Städte wegen unterschiedlicher Aufgaben nicht vollständig vergleichbar, aber dass Eberbach einen zu hohen Personalbestand hat, ist an Hand dieser Untersuchung augenfällig. In den kommenden 3 Jahren werden 9 Beschäftigte aus Altersgründen ausscheiden, darin sehen wir die Chance durch Umstrukturierung und Optimierung den Personalstand der Verwaltung zu reduzieren. Unser Antrag auf **3% Reduktion der Personalkosten** bis 2017, das sind ca. 240.000,- € jährlich, was dem Abbau von ca. 5 Stellen entspricht, wurde mit Mehrheit vom GR angenommen. Bereits in 2015 wird mit der von uns beantragten Streichung der Stelle des Pressereferenten mit dem Personalabbau begonnen.

Die vom Gemeinderat geforderte externe Organisationsuntersuchung der Stadtverwaltung soll 2015 (beantragt war dies schon für 2014) begonnen werden. Hiervon erwarten wir weitere Einsparungen im Personalbereich. Um dies sicherzustellen, muss der Gemeinderat bei der Beauftragung und Zieldefinition der Untersuchung das Heft in der Hand behalten. Der von mir in der Stellungnahme zum Haushaltsplan 2014 gesagte Satz: *„Die Untersuchung muss deshalb mit einer klaren Zielformulierung des Gemeinderats beauftragt werden, auch alle Zwischenberichte müssen dem Gemeinderat unverändert vorgelegt werden und nicht wie in der Vergangenheit geschehen im Falle unangenehmer Aussagen in einer von der Verwaltung weichgespülten Form.“* gilt unverändert.

- 2. Einsparung bei den Energiekosten**

Die Energiekosten der Stadt belaufen sich auf ca. 1,7 Mio €. Darin enthalten sind die Straßenbeleuchtung mit 260.000,- € und die Heiz-, Strom- und Wasserkosten für sämtliche städtische Gebäude, wie das Rathaus, die Schulen, Sporthallen, Tiefgarage usw.

Was die Straßenbeleuchtung betrifft, so hat die AGL erfolgreich beantragt die Straßenlaternen wesentlich schneller auf energiesparende LED - Leuchten umzurüsten. Die Umrüstung amortisiert sich in knapp 5 Jahren und hat eine Stromeinsparung von über 50 Prozent zur Folge. Bereits in 2015 sollen damit 26.000,- € eingespart werden. Neben der Stromeinsparung werden auch erhebliche Mengen des klimaschädlichen CO₂ eingespart. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung diesen Beschluss in 2015 zügig umsetzt und nicht wie in den vergangenen 3 Jahren statt der vom GR für die Umrüstung auf LED beschlossenen 100.000,- € jährlich gerade einmal 55.000,- € insgesamt für lediglich 76 von 3000 Straßenleuchten ausgibt. In diesem Tempo kann weder das Spar- noch das Klimaziel erreicht werden.

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat auch dem AGL-Antrag zugestimmt in diesem Jahr die **Energiekosten der städtischen Gebäude durch eine Optimierung der Heizungseinstellung und passive Energiesparmaßnahmen** um 5% zu senken, was einem Einsparvolumen von 70.000,- € entspricht. In den nächsten beiden Jahren, so der Beschluss, soll der städtische Haushalt durch weitere Einsparungen im Energiebereich um 140.000,- € entlastet werden. Diese Einsparungen sind auch ein Beitrag zum Umweltschutz und gehen nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

3. Die Verwaltungsausgaben

Die Einsparungen müssen auch die Verwaltungsausgaben mit einbeziehen. Bereits in diesem Jahr hat die AGL erste Schritte zur papierlosen Ratsarbeit erfolgreich beantragt. Das bedeutet, dass zukünftig Protokolle und Verwaltungsentscheidungen statt in Papierform per Mail den Gemeinderäten zugesandt werden und damit Druck-, Papier- und Versandkosten eingespart werden.

4. Die freiwilligen Leistungen

Sicherlich lässt sich auch bei den freiwilligen Leistungen sparen, doch man muss mit Augenmaß vorgehen, weil das Streichen freiwilliger Leistungen auch die Lebensqualität Eberbacher Bürgerinnen und Bürger betrifft. Von solchen Kürzungen sind für die AGL die Schulsozialarbeit, die Kernzeitbetreuung, die Öffnungszeiten von Kinderkrippen und Kindergärten (*in diesen Bereichen hat der Gemeinderat trotz knapper Kasse die Leistungen in 2015 verbessert*), der Zuschuss für Jugendliche in Vereinen der Stadt, um nur einige Beispiele zu nennen, ausgenommen.

Unser Fazit

Nur durch eine Sanierung des städtischen Haushalts durch **Einnahmeverbesserung und Reduktion der laufenden Ausgaben** im Volumen von mehr als 1 Mio jährlich kann die Stadt Eberbach finanzielle Mittel zum Abbau des Investitionsstaus erwirtschaften. Mit der Einnahmeverbesserung über die Gewerbesteuererhöhung leisten die Bürgerinnen und Bürger Eberbachs einen Beitrag zur Haushaltssanierung. Die AGL erwartet, wie oben ausgeführt, dass die beschlossenen Ausgabenkürzungen durch Einsparungen bei Personal, Verwaltung, Forst und Energie von der Verwaltung umgesetzt werden.

Für die AGL ist das primäre Ziel **nicht der Abbau von Altschulden** (*bei der derzeitigen Niedrigzinspolitik wird durch Umschuldung die Zinslast ohnehin niedriger*), **sondern der Abbau des Investitionsstaus und das ohne neue Schulden zu machen**. Allein das ist bereits eine Mammutaufgabe. Neue Schulden sind nur dann zulässig, wenn sie rentierlich sind, d.h. durch höhere Einnahmen bzw. geringere Ausgaben in einem überschaubaren Zeitraum finanziert werden können. Das trifft z. B. auf die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED und die Sanierung maroder Kanäle zu.

Wenn es in den kommenden Jahren nicht gelingt eine nachhaltige Sanierung des Haushalts zu erreichen, werden wir der zukünftigen Generation neben den Schulden auch noch eine marode Infrastruktur, wie Schulen, Straßen, Sportplätze etc. hinterlassen.

Weil unsere Anträge erfolgreich waren und bei Umsetzung dieser vom Gemeinderat verabschiedeten Vorgaben nicht nur eine deutliche Verbesserung des Haushalts 2015, sondern auch der Einstieg in eine nachhaltige Haushaltssanierung erreicht werden konnte, stimmt die AGL dem Haushaltsplan 2015 zu. Doch auch für die Folgejahre gilt: **Die Haushaltssanierung muss fortgesetzt werden.**

Die AGL bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei Herrn Müller und seinem Team für die geleistete Arbeit.

Für die AGL- Fraktion, Peter Stumpf